

SCHWEDEN RINGT UM SEINE VERTEIDIGUNGSPOLITIK

In Schweden wird heftig über die Verteidigungspolitik debattiert. Seine Armee könne das Land nur eine Woche gegen einen Angreifer verteidigen, beklagt sich der schwedische Oberbefehlshaber. Aus Angst vor Russland wird die Territorialverteidigung wieder ein Thema, nachdem die schwedische Armee sich stark auf Auslandseinsätze ausgerichtet hatte. Kritiker bezweifeln, ob Schweden sich im Kriegsfall überhaupt noch selbst verteidigen könnte. Das führt zu Diskussionen über kollektive Verteidigung und Beistandspflicht – obwohl Schweden an der militärischen Allianzfreiheit festhält.



Während der Nato-Militärübung «Cold Response 2010» rollen norwegische Panzer über die Grenze nach Schweden.
M. Carlsson / Försvarsmakten

Während einer Militärübung simulierten russische Langstreckenbomber und Kampffjets am 29. März 2013 um 2 Uhr nachts in der Ostsee überraschend Angriffe auf Stockholm und militärische Ziele in Südschweden. Anstatt wie sonst üblich von St. Petersburg aus über den Finnischen Meerbusen und die Ostsee hinunter die russische Exklave Kaliningrad anzusteuern, hielten die sechs Flieger Kurs auf die Insel Gotska Sandön, 40 Kilometer nördlich der Insel Gotland (vgl. Karte). Die schwedische Luftwaffe konnte auf die russische Provokation nicht reagieren. Trotz theoretischer Rundum-Bereitschaft standen keine Gripen-Jets bereit, um die fremden Flugzeuge vom Eindringen in den schwedischen Luftraum abzuhalten. Die NATO liess hingegen zwei dänische Kampffjets aus Litauen aufsteigen. Als der Vorfall Wochen später pu-

blik wurde, lamentierten schwedische Politiker die mangelnde Einsatzbereitschaft der Streitkräfte.

Seit Russland unter Wladimir Putin wieder verstärkt Grossmachtambitionen hegt (vgl. CSS Analyse Nr. 136 [☞](#)), wird die traditionelle Landesverteidigung Schwedens wieder ernster genommen. Die schwedische Regierung anerkennt inzwischen offen, dass Schweden sich alleine nicht gegen einen militärischen Angriff wehren könnte. Schritt für Schritt hat sich das EU-Mitglied Schweden in den letzten zehn Jahren von der offiziellen militärischen Allianzfreiheit wegbewegt. Seit 2009 verspricht sich Schweden von der sogenannten «Beistandsklausel» im Lissabonner EU-Vertrag (Artikel 42) und einer einseitigen Solidaritätserklärung gegenüber dem

Nachbarn und NATO-Mitglied Norwegen im Ernstfall militärische Hilfe von EU und NATO.

Unlängst hat allerdings die NATO öffentlich betont, dass ihre Beistandspflicht nur für Mitglieder gelte – nicht für Schweden. Damit bleibt Schweden die EU-Beistandsklausel, doch angesichts der aktuellen Erosionserscheinungen in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik infolge der Finanzkrise ist das bloss ein schwacher Trost. Denn Schweden würde sich im Kriegsfall lieber auf die NATO als auf die EU verlassen können.

«Neutral» im Kalten Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfügte Schweden über die viertgrösste Luftwaffe weltweit und konnte im Kalten Krieg bis zu 850'000 Soldaten mobilisieren. Eigens von der schwedischen Rüstungsindustrie produzierte Panzer, Kampffjets und U-Boote stärkten die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität. Offiziell galt während dem Ost-West-Konflikt eine Verteidigung tous azimuts. Mit der gut ausgerüsteten Massenarmee sollten Feinde aus allen Himmelsrichtungen abgeschreckt und im Ernstfall bekämpft werden. Die Neutralität wurde als Teil der nationalen Identität betrachtet. Die starke Territorialverteidigung wurde ergänzt durch eine aktive neutrale Aussenpolitik, welche Spannungen zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt abzubauen versuchte. Im Rahmen der UNO engagierte sich das neutrale Land auch fernab der Heimat aktiv militärisch. Von 1948 bis 1991 stellte Schweden zwölf Prozent aller UNO-Blauhelme.



Die offizielle Neutralitätspolitik wurde ab 1948 um geheime Absprachen mit den USA und Grossbritannien zur militärischen Zusammenarbeit mit der NATO für den Fall eines sowjetischen Angriffs auf Schweden ergänzt. Diese Kriegsvorbereitungen mit der NATO blieben im Kalten Krieg strikte geheim und wurden erst danach aufgearbeitet. Heute ist klar: Schweden bereitete sich ab 1948 konkret auf die Kooperation mit der NATO vor. Landebahnen von Militärflughäfen wurden verlängert, damit NATO-Bomber landen könnten; eine Telex-Standleitung von Schweden ins NATO-Luftwaffenhauptquartier in Wiesbaden wurde eingerichtet; Pläne zur gemeinsamen Luftüberwachung mit den NATO-Mitgliedern Norwegen und Dänemark wurden erstellt; im Kriegsfall sollten hohe schwedische Offiziere in NATO-Stäben eingesetzt werden.

Schweden, die EU und die NATO

Mit dem Ende des Kalten Kriegs veränderte sich das strategische Kalkül Schwedens grundlegend. Die Gefahr eines direkten militärischen Angriffs auf Schweden verringerte sich stark. Die Russland-zentrierte Sicherheitspolitik wurde nun globaler ausgerichtet. 1995 trat Schweden aus wirtschaftlichen Gründen der EU bei. Das Land wurde damit Teil einer politischen Sicherheitsgemeinschaft. Nach dem Kosovokrieg 1999 verstärkten die EU-Staaten ihren Willen, sicherheitspolitisch ein strategischer Akteur zu werden und in Krisen gemeinsam militärisch reagieren zu können. Schweden schränkte die Neutralität auf den Kern der militärischen Allianzfreiheit ein. Bei Militärmissionen der EU im Ausland beteiligte sich Schweden seit 2003 aktiv, in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, im Kongo und in Georgien. Der EU-Eingreiftruppe stellte Stockholm 1500

Soldaten zur Verfügung, der *Nordic Battle Group* 1100 Soldaten. Die Internationalisierung der Sicherheitspolitik war Schweden möglich, weil die EU sich auf Krisenmanagement im Ausland spezialisierte und nicht auf den für Schweden damals noch heiklen und sensiblen Bereich der kollektiven Verteidigung mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien.

Seit 1994 ist Schweden zudem ein aktives Mitglied der NATO-Initiative «Partnerschaft für den Frieden» (PfP). Bei NATO-Übungen und Auslandsoperationen vom Kosovo bis zum Hindukusch gewannen die schwedischen Streitkräfte Erfahrung im Verbund mit anderen Armeen. Schweden sicherte sich dadurch den Respekt der internationalen Gemeinschaft und erhält von den USA und der NATO regelmässig Lob für die effektive Transformation der Streitkräfte und seine moderne Profiarmerie. Die schwedische Luftwaffe übernahm im Libyenkrieg 2011 rund 25 Prozent der NATO-Luftaufklärung.

Der Schwerpunkt der schwedischen Streitkräfte verlagerte sich zwischen 1995 und 2009 weg von der nationalen Verteidigungsfähigkeit, hin zu Krisenmanagementeinsätzen. Verteidigungsanlagen wurden stillgelegt, Stützpunkte geschlossen, Einheiten zusammengelegt. Die Reformschritte wurden 2010 abgerundet mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der Verkleinerung des Bestands der Armee auf 50'000 Soldaten. Im Kalten Krieg machte der Militärhaushalt noch 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus; heute sind es noch 1,2 Prozent. Schweden profitierte von der Friedensdividende, als die früheren Warschauer-Pakt-Staaten Zentraleuropas und die baltischen Staaten

sowohl der NATO als auch der EU beitraten und sich damit das geopolitische Umfeld Schwedens stabilisierte.

«Der Feind kommt aus dem Osten»

Doch in den letzten Jahren kritisierten politische und militärische Kreise in Schweden die Ausrichtung der Streitkräfte auf internationale Operationen vermehrt als zu einseitig. Nach der russischen Invasion in Georgien im August 2008 erfolgte eine sanfte verteidigungspolitische Kurskorrektur. Auch zunehmende russische Militäritäten in der nordisch-baltischen Region sorgten in Schweden für Sorgenfalten, darunter wiederaufgenommene Patrouillenflüge strategischer Bomber über der Arktis, Cyberattacken gegen Estland (obschon die vermutete russische Urheberchaft nie bewiesen werden konnte), Militärlübungen mit gegen das Baltikum ausgerichteten Szenarien sowie Ambitionen in der ressourcenreichen Arktis. Auch das wachsende russische Verteidigungsbudget und die Modernisierung der russischen Streitkräfte verunsicherten die Schweden. Die Frage gewann an Brisanz, ob Schweden am Hindukusch verteidigt werde (gegen al-Kaida) oder auf der Ostseeinsel Gotland (gegen Russland). Das alte Sprichwort «Der Feind kommt aus dem Osten» wurde wieder aktuell. Im März 2009 beurteilte das schwedische Weissbuch die Bewahrung der territorialen Integrität Schwedens erstmals als gleich wichtig wie die Teilnahme an globalen Krisenmanagementeinsätzen.

Im Dezember 2012 goss der schwedische Oberkommandierende Sverker Göransson Öl ins Feuer: Seine Armee könne das Land, sollte es angegriffen werden, nur eine Woche verteidigen, erklärte er in einem Interview. Danach sei Schweden auf die Hilfe anderer Länder angewiesen. Seine alarmistischen Worte wurden von den mitregierenden Parteien, den Liberalen, den Christdemokraten und der Zentrums-partei, dankbar aufgenommen. Sie forderten, das Militärbudget zu erhöhen und wieder mehr Gewicht auf die Landesverteidigung zu legen. Eine Studie der schwedischen *Royal Academy of War Sciences* bestätigte später Mängel bei den Verteidigungskapazitäten: Der Armee fehle es im Mittelstreckenbereich an Luft- und Raketenverteidigungs-Systemen, der Luftwaffe an Langstrecken-Luft-Boden-Raketen und der Marine an Luftverteidigungs-Systemen.

Die konservative Regierung versuchte, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Premier Fredrik Reinfeldt betonte, ein russischer

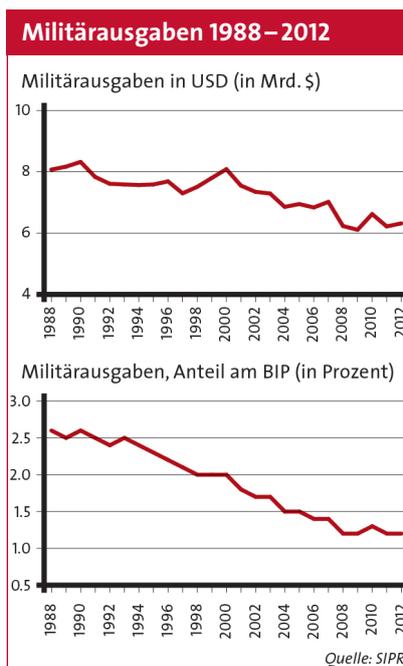
Angriff auf Schweden sei nicht zu befürchten und seine Regierung müsse neben Militärinteressen auch Bildung und Gesundheitspolitik berücksichtigen. Aussenminister Carl Bildt ergänzte, dass Russland zwar derzeit aufrüste und seine Streitkräfte modernisiere, dies aber in keinem Vergleich zu Sowjetzeiten stehe. Die derzeitigen politischen Gräben in Schweden sind bemerkenswert: Die pazifistischen oppositionellen Sozialdemokraten setzen sich heute viel stärker für eine starke Verteidigung ein als die seit 2006 regierenden, traditionell militärfreundlichen Konservativen.

Die aktuelle Debatte in Schweden findet vor dem Hintergrund einer sich seit rund fünf Jahren verändernden strategischen Grosswetterlage statt. In Europa hat die Finanz- und Schuldenkrise ab 2007 auch die Dynamik in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik spürbar abgebremst. Infolge der Krise versuchen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, bei den Militärausgaben möglichst zu sparen. Gleichzeitig bauen die USA ihre militärische Präsenz in Europa ab und wenden sich vermehrt dem Pazifik zu. Von den Europäern erwarten sie innerhalb der NATO eine bessere Lastenverteilung. Weltweit wandelt sich die NATO nach dem Jahrzehnt des Afghanistankriegs von einem globalen Interventionsbündnis zurück zu einem regionalen Verteidigungsbündnis, der Faktor Russland wird wieder wichtiger. Damit verlagert sich auch Schwedens strategischer Fokus wieder zurück zur Ostsee und zum näheren Umfeld.

Wer hilft Schweden?

Ende Mai 2013 meldete sich in der verteidigungspolitischen Kontroverse eine überparteiliche parlamentarische Verteidigungskommission zu Wort. In einem 200-seitigen Bericht empfahl sie, an der internationalen Kooperationsstrategie der letzten 20 Jahre festzuhalten und die Zusammenarbeit sogar noch auszuweiten. Im Bericht steht dazu klipp und klar: «Schweden ist nicht allein. Sicherheit wird durch Solidarität gebaut.» Die Kommission erteilte damit der von einzelnen Militärs und Politikern zuvor geforderten Rückkehr zur autonomen Landesverteidigung eine deutliche Absage.

Die Kommission lobte Schwedens breite Palette an sicherheitspolitischen Optionen, die seit 1994 an die Stelle der geheimen Militärkooperation mit der NATO im Kalten Krieg getreten war. Der Bericht forderte erstens einen Ausbau der UNO-Friedenseinsätze. Zweitens soll die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik



der EU (GSVP) gestärkt werden. Drittens soll die 2009 institutionalisierte nordische Verteidigungskooperation (NORDEFKO) mit Norwegen, Finnland, Dänemark und Island ausgebaut werden. 2014 sollen Schweden und Finnland vier Monate lang bei der Luftraumüberwachung Islands mithelfen und so das NATO-Mitglied Norwegen entlasten. Über NORDEFKO versuchen die Skandinavier seit 2009 auch im Rüstungsbereich möglichst kosteneffizient vorzugehen. Allerdings ist für Norwegen und Dänemark – und letztlich auch für Schweden – die NATO mit den USA an Bord wichtiger als die nordische Kooperation. Viertens soll die Zusammenarbeit mit der NATO vertieft werden, gerade auch im Bereich von regionalen Militärübungen. 2013 wurde die NATO-Beitrittsdebatte von den Liberalen, der viertgrössten Partei im Parlament, wieder angeheizt. Lehnten 2011 noch 50 Prozent der Schweden einen NATO-Beitritt ab, so waren Anfang 2013 nur noch 32 Prozent dagegen und 29 Prozent dafür sowie über ein Drittel unentschieden.

Solidarität statt Neutralität

In der Frage, ob sich Schweden überhaupt noch gegen eine russische Invasion verteidigen könnte, betonte Verteidigungsministerin Karin Enström, im Ernstfall könne sich das Land auf seine EU-Partner und Norwegen verlassen. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen machte bei einem Besuch in Schweden Ende 2012 jedoch klar, dass die garantierte Hilfe bei einer militärischen Attacke laut Artikel V nur für NATO-Mitglieder gelte, nicht aber für Länder ausserhalb der Allianz. Auch

EU-Beistandsklausel (Art. 42)

Der Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, beinhaltet unter anderem als wesentliche Neuerung einen konkreten, an NATO-Artikel V angelehnten Beistandsartikel. Artikel 42 (7) im Lissabonner Vertrag lautet: «Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.» Mit dem «besonderen Charakter» ist die militärische Allianzfreiheit von EU-Staaten wie Schweden, Finnland oder Österreich gemeint.

die norwegische Verteidigungsministerin Anne-Grete Strøm-Erichsen erklärte im Februar 2013, Norwegen habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, Schweden im Falle eines Angriffs beizustehen.

Diese unmissverständlichen Äusserungen waren herbe Dämpfer für die «Solidaritätspolitik» Schwedens. Mithilfe von Solidaritätserklärungen und konkreten Leistungen hatte das Land im letzten Jahrzehnt versucht, die Nachteile seiner Politik einer militärischen Allianzfreiheit zu kompensieren. Mit einer einseitigen Solidaritätserklärung im Weissbuch von 2009 erklärte sich Schweden bereit, im Falle eines militärischen Angriffs auf einen EU-Partner oder auf Norwegen und Island den angegriffenen Ländern beizustehen. Im Gegenzug erwartete Stockholm von der EU sowie Norwegen und Island (sprich: der NATO) auch Unterstützung im Falle eines Angriffs auf Schweden.

Der Ursprung der schwedischen Solidaritätspolitik liegt in den Terroranschlägen von Madrid 2004. Die EU reagierte damals mit einer Solidaritätserklärung im Falle einer Terrorattacke oder Naturkatastrophe. Stockholm interpretierte diese Erklärung zunächst politisch. 2007 dehnte Schweden den Geltungsbereich auf Norwegen und Island aus. Ein Jahr später fiel der Bezug zum Terrorismus weg, im Verteidigungsbericht 2008 hiess es nun: «Schweden kann sich bei Katastrophen und Konfliktsituationen mit militärischer Hilfe beteiligen.» Im selben Jahr verstärkte die russische Invasion in Georgien den schwedischen Wunsch nach einer Militärgarantie im Kriegsfall. Nachdem das schwedische Parlament im November 2008 den Lissabonner Vertrag inklusive der neuen Beistandsklausel (Art. 42) ratifiziert hatte (vgl. Kasten), erklärte

die Regierung in Stockholm im März 2009, die neue Solidaritätspolitik bedeute konkret, dass Schwedens Streitkräfte im Konfliktfall militärische Hilfe empfangen und leisten können müssten.

Kollektive Verteidigung üben

Schweden spricht heute offen davon, im Verteidigungsfall von fremder Militärhilfe abhängig zu sein. Im Kriegsfall verlässt sich das Land auf die militärische Solidarität der EU-Partner und hofft auf die Unterstützung Norwegens und der NATO. Aus Stockholms Sicht macht für einen Kleinstaat gegen einen übermächtigen Feind nur kollektive Verteidigung Sinn, weshalb Schweden bereits ab 1948 insgeheime Absprachen mit der NATO einging. Allerdings fehlen im Unterschied zum Kalten Krieg heute konkrete Vorbereitungen, um die Beistandsklausel der EU zum Leben zu erwecken. Zurzeit könnte Schweden Militärhilfe aus dem Ausland laut Militärexperten gar nicht empfangen, auch wenn solche Hilfe angeboten werden würde. Denn die internationale Militärkooperation bezog sich in den letzten Jahren auf Auslandsmissionen, nicht auf die kollektive Verteidigung auf schwedischem Territorium.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang Schwedens Verhalten während einer *Crisis Management Exercise* der NATO im Herbst 2011 in Norwegen: Erstmals seit zehn Jahren wurde dabei die kollektive Verteidigung nach Artikel V geübt. Als der NATO während der Übung die Verteidigungskräfte ausgingen, sprang Schweden zur Überraschung aller in die Bresche und offerierte Norwegen direkte Hilfe, Kriegsschiffe und 48 Gripen. Der schwedische Beitrag wurde dem Kommando der NATO unterstellt. Damit wurde eine rote Linie überschritten: ein NATO-Nichtmitglied offerierte dem Bündnis in einer Artikel-V-Situation operationelle Militärhilfe – und verwischte damit die etablierten Grenzen zwischen einem NATO-Mitgliedsstaat und einem PfP-Partner im Bündnisfall.

Die aktuelle verteidigungspolitische Debatte in Schweden demonstriert, dass eine offene Diskussion über die Vor- und Nachteile von kollektiver Verteidigung überfällig ist, gerade auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Instabilität in der nordisch-baltischen Region. Das Zugeständnis von Interdependenz und Abhängigkeit von ausländischer Hilfe im Kriegsfall markiert im öffentlichen Diskurs eine Abkehr vom Festklammern am Mythos Neutralität. Schwedens Solidaritätspolitik hat aber in

den letzten Monaten an Glaubwürdigkeit verloren. Ohne NATO-Beitritt kann sich Schweden der militärischen Unterstützung der Militärralliance im Kriegsfall nicht sicher sein – eine NATO-Mitgliedschaft liegt aber in weiter Ferne. Und die Beistandsklausel der EU ist vorderhand noch ein Papiertiger, denn die GSVP zielt auf Krisenmanagement ab, nicht auf kollektive Verteidigung. Der soeben erschienene verteidigungspolitische Bericht 2013 bildet eine wichtige Grundlage für das nächste Weissbuch Schwedens im Jahr 2015 und damit für die Sicherheitspolitik Schwedens von 2015 bis 2018. Die Perzeption Russlands sowie die Frage nach glaubwürdiger

nationaler Verteidigung oder verlässlicher kollektiver Verteidigung werden dann erneut im Zentrum der sicherheitspolitischen Diskussionen in Schweden stehen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Christian Nünlist
nuenlist@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen
- Nr. 135: Tunesien: Hürden des Übergangsprozesses
- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands